sprache zu nehmen. Die Einwände des Senats gegen den Handelsvertrag beziehen sich besonders auf die Bestimmungen, nach denen die Vereinigten Staaten keinen Zollunterschied für die Waren machen dürfen, die auf amerikanischen Schiffen verfrachtet werden.

Berlin, 18. Dezember. Die zurzeit in Moskau stattfindenden deutsch-russischen Verhandlungen wurden am 17. d. M. durch eine Weihnachtspause unterbrochen. An welchem Ort die Verhandlungen fortgesetzt werden, ist noch nicht entschieden.

Paris, 18. Dezember. Der Führer der deutschen Wirtschaftsdelegation in Paris, Staatssekretär v. Trendelenburg, hat gestern die deutschen Pressevertreter empfangen, um die in den letzten Tagen in deutschen und französischen Zeitungen gebrachten Gerüchte über ein selbständiges und eigenmächtiges Vorgehen der deutschen Schwerindustrie auf ihren wirklichen Wert zurückzuführen. Trendelenburg erklärte:

Die deutsche Schwerindustrie ist sich vollkommen im klaren darüber, daß sie keinerlei Abmachungen außerhalb des Handelsvertrages treffen darf und es ist nicht zu befürchten, daß irgendwelche Vereinbarungen auf Kosten der deutschen Verbraucher, und das heißt, auf Kosten der deutschen eisenverarbeitenden Industrie getroffen werden. Ein eigenmächtiger Abschluß der deutschen Schwerindustrie mit der französischen Eisenindustrie ohne Berücksichtigung der allgemeinen deutschen Interessen und ohne Genehmigung der deutschen Regierung ist ausgeschlossen. Weiter führte Herr Trendelenburg aus, daß die gegenwärtigen Verhandlungen überaus schwierig und umfangreich sind, da sie fast den ganzen deutschen Zolltarif umfassen und die deutschen Unterhändler außerstande sind, im Augenblick über die Verhandlungen der Oeffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Nach der Weihnachtspause, die morgen beginnt, werden die Verhandlungen am 30. Dezember wieder aufgenommen werden. Bis dahin sind keinerlei Entscheidungen zu erwarten.

Amerikanische Kredite für Krupp

Neuyork, 18. Dezember. Wie die Associated Preß meldet, stehen die Verhandlungen über die 5-Millionen-Dollar-Anleihe für die Kruppwerke mit einem amerikanischen Bankkonsortium vor dem Abschluß.

Die Sanierung der französischen Wirtschaft

Paris, 18. Dezember. Der Finanzminister Clementel erschien gestern vor dem Finanzausschuß der Kammer, um mitzuteilen, daß er zu Beginn der kommenden Woche die versprochene Bilanz über den Stand der französischen Finanzen im Augenblick der Konstituierung des Kabinetts Herriot veröffentlichen wolle. Der Minister gab offiziell Kenntnis davon, daß er zu Beginn des Jahres 1925 eine weitgehende Konsolidierungs- und Amortisierungsoperation plane.

Paris, 18. Dezember. Die „Ere Nouvelle" veröffentlicht eine Unterredung mit Krassin. Er sagte u. a.: Für die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland setze er kein greifbares Ergebnis voraus, solange die Prüfung der wirklichen Verhältnisse des französischen Wirtschaftslebens noch nicht beendigt sei. Frankreich sei auf dem Gebiet der Elektrotechnik, der Textilien und Metallindustrie gut organisiert. Er sei überzeugt, daß Frankreich auf diesem Gebiete mit den Deutschen erfolgreich in Wettbewerb treten könne.

London, 18. Dezember. „Daily Telegraph" meldet aus Neuyork: Im Repräsentantenhause erklärte das Mitglied der amerikanischen Schuldenfundierungskommission Crisp, die allerdings nicht konkreten Vorschläge, die vom französischen Botschafter dem Schatzsekretär für die Fundierung der französischen Schulden gemacht worden wären, seien endgültig verworfen worden. Crisp erklärte weiter, Großbritannien dürfe nicht getadelt werden, wenn es verlange, daß die Schulden, die Frankreich an England habe, zur gleichen Zeit bezahlt würde, wie die französischen Schulden an die Vereinigten Staaten.

Ein Zwischenfall in der italienischen Kammer

Rom, 18. Dezember. In der Kammer kam es gestern zu aufregenden Szenen, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Als der Giolittianer Boeri nach einem Zusammenstoß mit der faschistischen Mehrheit mit seiner Demission drohte, rief ihm Mussolini zu, er solle seine Entlassung ruhig einbringen. Boeri verließ darauf den Saal. Die Giolittianer folgten ihm. Die Giolittianer beschlossen nach einer Besprechung mit den Anhängern Orlandos und den Kriegsteilnehmern, heute nicht an den Kammerarbeiten teilzunehmen. Man glaubt, daß es der Regierung gelingen werde, eine Abspltterung der Nechtsliberalen zu verhindern.

Rom, 18. Dezember. Nach dem „Messagero" habe die innere Lage eine Entspannung erfahren. So hätten die Anhänger Giolittis und die Demokraten beschlossen, heute an den Kammerarbeiten teilzunehmen. Die großen römischen Blätter wie „Giornale d'Italia" „Tribuna" und „Mondo", erschienen wie gewöhnlich bei außerordentlichen Gelegenheiten gestern abend noch spät in besonderer Ausgabe. Die Kommentare der genannten Blätter sind ihrem Inhalt nach der Regierungsmehrheit nicht günstig gestimmt.

Der Aufstand in Albanien siegreich

Belgrad, 18. Dezember. Der Aufstand in Albanien trägt den Charakter einer sorgfältig vorbereiteten Bewegung. Die letzten Meldungen bestätigten, daß Achmed Bey Zogul die Führung des Aufstandes übernommen hat. In einem Aufruf fordert er die Bevölkerung auf, sich dem Kampf gegen die Unterdrückung anzuschließen. Gestern abend hat sich in der Gegend von Tirana ein heftiger Kampf abgespielt. Die Regierungstruppen haben sich auf Tirana zurückgezogen, das vom Norden her von den Truppenabteilungen Achmeds bedroht wird, die bereits den Ort Kroja, 20 Kilometer von Tirana entfernt, besetzt haben. Wie verlautet, sind der Finanzminister und der Ministerpräsident aus Tirana geflüchtet, dessen Kapitulation als unmittelbar bevorstehend angesehen wird.

Rom, 18. Dezember. Die „Agenzia Stefani" kündigt die Entsendung zweier italienischer Kriegsschiffe in die albanischen Gewässer an und dementiert gleichzeitig die Behauptung, daß Italien mit Südslawien ein Abkommen geschlossen habe, das die Unabhängigkeit Albaniens verletze.

Die Januargehälter der Beamten

Berlin, 18. Februar. Die Spitzenverbände der Beamtenschaft haben gestern wegen Auszahlung der Januargehälter noch vor Weihnachten im Reichsfinanzministerium Vorstellungen erhoben. Der Ministerialdirektor Schlieben erklärte den Beamtenvertretern, daß er infolge der Abwesenheit des Ministers nicht in der Lage sei, eine so weitgehende Entscheidung zu treffen. Seiner Ansicht nach werde sich eine Auszahlung der Januargehälter vor Weihnachten nicht ermöglichen lassen. Die Spitzenverbände werden morgen über die weiteren Schritte beraten.

Karlsruhe, 18. Dezember. Im Haushaltausschuß des badischen Landtages kündigte Finanzminister Dr. Koehler eine Gesetzesvorlage an, durch die ab 1. Januar 1925 die Bezüge der Gruppen 1 bis 6 um 20 Prozent und die der übrigen Gruppen um 10 Prozent erhöht werden sollen.

Der Entwurf des neuen Strafgesetzes

Berlin, 18. Dezember. Wie die „Neue Tägliche Rundschau" mitzuteilen weiß, ist der Entwurf eines neuen Strafgesetzes, dem das Reichskabinett vor einiger Zeit zustimmte, dem Reichsrat zugeleitet worden. Der Entwurf soll vorher noch der öffentlichen Kritik unterstellt werden. Alle beteiligten Berufsorganisationen sollen zu gutachtlichen Aeußerungen aufgefordert werden. Die Beratung des Entwurfes im Reichsrate dürfte kaum vor der Mitte des folgenden Jahres beginnen. Die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch sei dem Entwurf angeschlossen. Der sogenannte Abtreibungsparagraph sei im Gesetzentwurf wesentlich gemildert worden und sehe in leichteren Fällen Straflosigkeit vor. Der bisherige § 175 bleibe in der Hauptsache bestehen. Verschärft seien die Bestimmungen über Vergehen gegen Jugendliche. Der Entwurf sehe weiter vor, daß Berufsverbrecher in Verwahrungshaft genommen werden könnten, deren Fortdauer alle drei Jahre vom Gericht überprüft werden solle. Der Entwurf behalte die Todesstrafe bei.

Kein Rechtskabinett

Marx beim Reichspräsidenten

Berlin, 18. Dezember. Wie die „Vossische Zeitung" meldet, hat der Reichspräsident den Reichskanzler Marx für heute vormittag zu sich berufen.

Die Parole des Zentrums

Zurück zur Mitte!

Berlin, 18. Dezember. Die Reichstagsfraktion des Zentrums setzte ihre Beratungen gestern nachmittag fort. Nach einstündiger Debatte gab die Zentrumsfraktion folgende einstimmig angenommene Entschließung bekannt:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstags hält grundsätzlich an dem Streben zur Bildung einer Regierung der Volksgemeinschaft fest. Sie lehnt, vorwiegend aus außenpolitischen Gründen, die Beteiligung an einer Rechtskoalition ab. Sie wird sich nur an einer Regierung beteiligen, welche die Gewähr für die unveränderte Fortführung der bisherigen Politik der Mitte bietet."

Die Zentrumsfraktion hält damit ihre Aufgabe vorläufig für abgeschlossen und hat einstweilen eine neue Sitzung nicht vorgesehen.

Die „Germania" unterstreicht, daß der gestrige Beschluß der Zentrumsfraktion, der eine Beteiligung der Partei an einer Rechtskoalition ablehne, einstimmig gefaßt worden sei. Von einem linken und rechten Flügel innerhalb der Zentrumspartei könne keine Rede sein. Der Beschluß sei so zu verstehen, daß weder eine mittelbare noch unmittelbare Beteiligung des Zentrums an einer Rechtskoalition in Frage komme. Nach Darlegung der Gründe, die zum Beschluß geführt hätten, sagt das Blatt, daß der Beschluß der Zentrumsfraktion endgültig sei und daß die nunmehr einzuschlagende Richtung laute: Zurück zur Mitte.

Volkspartei und Wirtschaftspartei für den Bürgerblock

Berlin, 18. Dezember. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat gestern nachmittag nach Bekanntgabe des Beschlusses der Zentrumspartei beschlossen, sich an der Regierungsbildung führend nicht zu beteiligen. Auf Grund dieses Beschlusses hat Dr. Stresemann den Reichspräsidenten gebeten, von einer Betrauung seiner Person mit der Regierungsbildung abzusehen. Die Aussprache in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ergab die einstimmige Auffassung, daß die einzige Lösung der Frage einer Regierungsbildung entsprechend der bisherigen Politik der Reichstagsfraktion nur in der Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Mehrheitsregierung zu erblicken ist.

Berlin, 18. Dezember. Die Wirtschaftspartei hat in einer gemeinsamen Sitzung der Reichs- und Landtagsfraktion im Preußenhause zur Regierungsbildung Stellung genommen. Die Partei wird eine Regierung, in der Sozialdemokraten vertreten sind, grundsätzlich nicht unterstützen. Sie wird eine bürgerliche Regierung unterstützen, wenn die Stimmen der Wirtschaftspartei dazu notwendig sind. Im übrigen wird die Partei ihre Stellungnahme einer bürgerlichen Regierung gegenüber von deren Verhalten zu den Forderungen des Mittelstandes abhängig machen.

Schiele Nachfolger Hergts

Berlin, 18. Dezember. Die Reichs- und Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat die Regierungsbildung von dem für Preußen und das Reich gemeinsamen Standpunkt aus besprochen und den Unterhändlern empfohlen, die Verhandlungen im bisherigen Sinne weiterzuführen.

Als erster Vorsitzender der Deutschnationalen Reichstagsfraktion war bereits gestern vormittag der Abg. Schiele bestimmt worden. Als Stellvertreter wurden in der Abendsitzung der Fraktion gewählt die Abgeordneten Bruhn, von Goldacker, Rippel und Schulz-Bromberg, der zugleich Sprecher sein wird. Den Ehrenvorsitz der Fraktion hat Exzellenz von Tirpitz übernommen. Die Fraktion beriet außerdem über ihre Haltung in den ersten konstituierenden Vollsitzungen des Reichstages. Es wurden Vorschläge für das Präsidium und das Büro des Reichstags gemacht.

Löbe voraussichtlich Reichstagspräsident

Berlin, 18. Dezember. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die heute nachmittag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, dürfte sich u. a. auch mit der Wahl des Reichstagspräsidenten beschäftigen. Wie das Blatt bemerkt, werde sowohl im Zentrum wie auch bei den Demokraten die Auffassung vertreten, daß der Reichstagspräsident aus der stärksten Partei also der Sozialdemokratie, gewählt werden solle. Die S. P. D. wird wahrscheinlich den früheren Reichstagspräsidenten Löbe wieder vorschlagen.

Kurze Nachrichten

Der französische Botschafter bei Chamberlain. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge ist der neue französische Botschafter de Fleuriau gestern von Austen Chamberlain im Foreign office empfangen worden. Wenn dieser Besuch zunächst nur den Charakter eines Höflichkeitsbesuches hatte, so glaubt man doch, daß die offenstehenden Tagesfragen erörtert worden seien, unter denen die marokkanische Frage an erster Stelle stehe. Italien habe es jetzt klar gemacht, daß die erklärte Nichtinteressiertheit in Marokko zurzeit der französisch-französischen Verhandlungen im Austausch dafür, daß Italien von Frankreich freie Hand in Tripolis erhalte, sich nur auf die französische Zone bezogen habe und sicher nicht auf die von Tanger.

Herriots Befinden gebessert. Die in den letzten Tagen von den Aerzten festgestellte Besserung im Befinden des Ministerpräsidenten läßt hoffen, daß Herriot in den nächsten Tagen werde aufstehen können.

Arbeiterrückfahrkarten bleiben gültig. Die Lösung und Benutzung von Arbeiterrückfahrkarten am 23. d. M. ist von der Deutschen Reichsbahngesellschaft allgemein zugelassen worden.

Die Fordschen Automobilgründungen in Europa. Der Fordsche Automobilkonzern hat bekanntlich in jüngster Zeit in den wichtigsten europäischen Ländern eigene Fabrikationsstätten eingerichtet bezw. deren Errichtung vorbereitet. Wie aus Bukarest gemeldet wird, soll nun auch in einer Hafenstadt Rumäniens eine Fabrik zur Erzeugung von Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen in größerem Maßstab errichtet werden. Die Fordautomobilunternehmung steht wegen der Erlangung von Zugeständnissen mit der Regierung in Unterhandlung.

Trendelenburg †. Der Leipziger Professor Dr. Friedrich Trendelenburg, der seit 1895 in Leipzig wirkte als einer der hervorragendsten deutschen Chirurgen, ist nach einer Blätterverlautbarung in Berlin gestorben.

Dockarbeiterstreik Cette (Frankreich). Die Dockarbeiter von Cette sind in den Ausstand getreten, weil die Reeder eine Lohnerhöhung nicht bewilligt hatten. Verschiedene Dampfer mußten zur Entladung nach anderen Häfen geleitet werden.

Ein Oberzollsekretär als Straßenräuber. Aus Frankfurt wird telegraphiert: In der Bockenheimer Anlage nahmen Passanten einen Straßenräuber fest, der einer Dame die Handtasche entrissen hatte. In zahlreichen Fällen wurde nun, wie die Meldungen bei der Kriminalpolizei ergaben, der verhaftete Räuber als der Täter der früheren Ueberfälle einwandfrei festgestellt. Der Täter ist ein früherer Polizeibeamter, der jetzige Oberzollsekretär Kurt Petzold. Was ihn zu diesen Straßenräubereien veranlaßt hat, konnte mit Sicherheit noch nicht ermittelt werden.

Aus der katholischen Welt

Das amerikanische Episkopat gegen die Bedrückungen in Rußland und Guatemala

Anläßlich der jährlichen Zusammenkunft der amerikanischen katholischen Hierarchie, die kürzlich in Washington stattfand, wurde seitens der versammelten Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe und Prälaten der folgende Protest erhoben: Mit Schmerz und tiefer Unruhe sehen wir die unendlich traurige Lage der christlichen Bevölkerung Rußlands. Auf sie, die den schrecklichsten religiösen Verfolgungen unterworfen sind, die in ihrer ausgeklügelten Grausamkeit die furchtbaren Leiden der ersten Christen noch übertreffen, erstreckt sich heute unsere bewegte Anteilnahme. Im Namen der zwanzig Millionen Katholiken dieser Republik, und unterstützt, dessen sind wir sicher, von all den anderen Millionen Amerikanern, die die Freiheit lieben, verdammen wir die ungerechte Handlungsweise der gegenwärtigen russischen Regierung, denn sie widerspricht den Grundsätzen der Gerechtigkeit und allen guten Gefühlen der ganzen Christenheit. Wir erklären außerdem, daß wir bereit sind, in jeder nur möglichen Art unseren leidenden Brüdern zu Hilfe zu kommen, den Bischöfen, Priestern und dem Volk Rußlands. Was dann die traurige Lage Guatemalas anlangt, so hat die mexikanische katholische Hierarchie folgenden Antrag gestellt: „Die Hierarchie der katholischen Kirche der Vereinigten Staaten Amerikas stellt mit tiefer Traurigkeit fest, daß die Lage der Kirche in Guatemala sich in den letzten zwölf Monaten verschlimmert, statt verbessert hat; sie stellt des weiteren fest, daß die Feinde der Christenheit, nachdem sie in diesem unglücklichen Lande eine Schreckensherrschaft errichtet haben, nicht zufrieden die Hierarchie vertrieben und die Kirchen geplündert zu haben, jetzt sogar zur Mißhandlung und Vertreibung der Ordensschwestern und Aechtung des Kruzifixes übergehen. Bei diesem Sachverhalt beschließt die Hierarchie der Vereinigten Staaten einstimmig, einen Protest an die ganze gesittete Welt zu richten."

× **Die Mailänder katholische Universität vom italienischen Staat anerkannt.** Dieser Tage wurden die italienischen Katholiken durch ein Ereignis erfreut, daß in der gesamten katholischen Presse sympathischsten Widerhall fand. Ein Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 2. November teilte mit, daß die Mailänder katholische Herz-Jesu-Universität das Oeffentlichkeitsrecht erlangte und ihr damit das Promotionsrecht zuerkannt wurde. Schon in den siebziger Jahren versuchte man einmal die Gründung einer katholischen Universität in Rom, doch das damalige Logenministerium verweigerte barsch jede Anerkennung. Vor dem Krieg hat nun der Minoritenpater Gemelli den alten Plan wieder aufgenommen und ihn mit seltener Ausdauer zur raschen Verwirklichung gebracht. Der Priester, der als eingerückter Soldat das Gelübde tat, im Falle seiner Rückkehr seine ganzen Kräfte der Sache zu widmen, fand das lebhafteste Verständnis beim Kardinal Ferrari, der auch die Genehmigung und Unterstützung des Papstes Benedikt XV. erwirkte. Namentlich hat aber der gegenwärtige Papst Pius XI. das Gelingen des Werkes mit aller Macht gefördert und öffentliche Sammlungen für die Universität angeordnet. So konnten bereits zwei Fakultäten, die juridische und philosophische, eröffnet werden, neben denen auch noch katholische Moral vorgetragen wird. Papst Pius XI., der anläßlich der Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes in einem längeren Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs seiner besonderen Freude Ausdruck gibt, bestimmte, daß jährlich am Passionssonntag unter den Kirchenbesuchern für die Erhaltung der Hochschule gesammelt werde.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten für den 18. Dezember, abends, bis 19. Dezember, abends: Wolkig bis bedeckt, dunstig, örtlich unbedeutende Niederschläge, Temperaturen zumeist einige Grade über dem Gefrierpunkt, Flachland schwache südliche, hohe Lagen mäßige westliche Winde.